LEUPHANA
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

www.instagram.com/landeszeitung
www.facebook.com/landeszeitung

STARTWOCHENZEITUNG

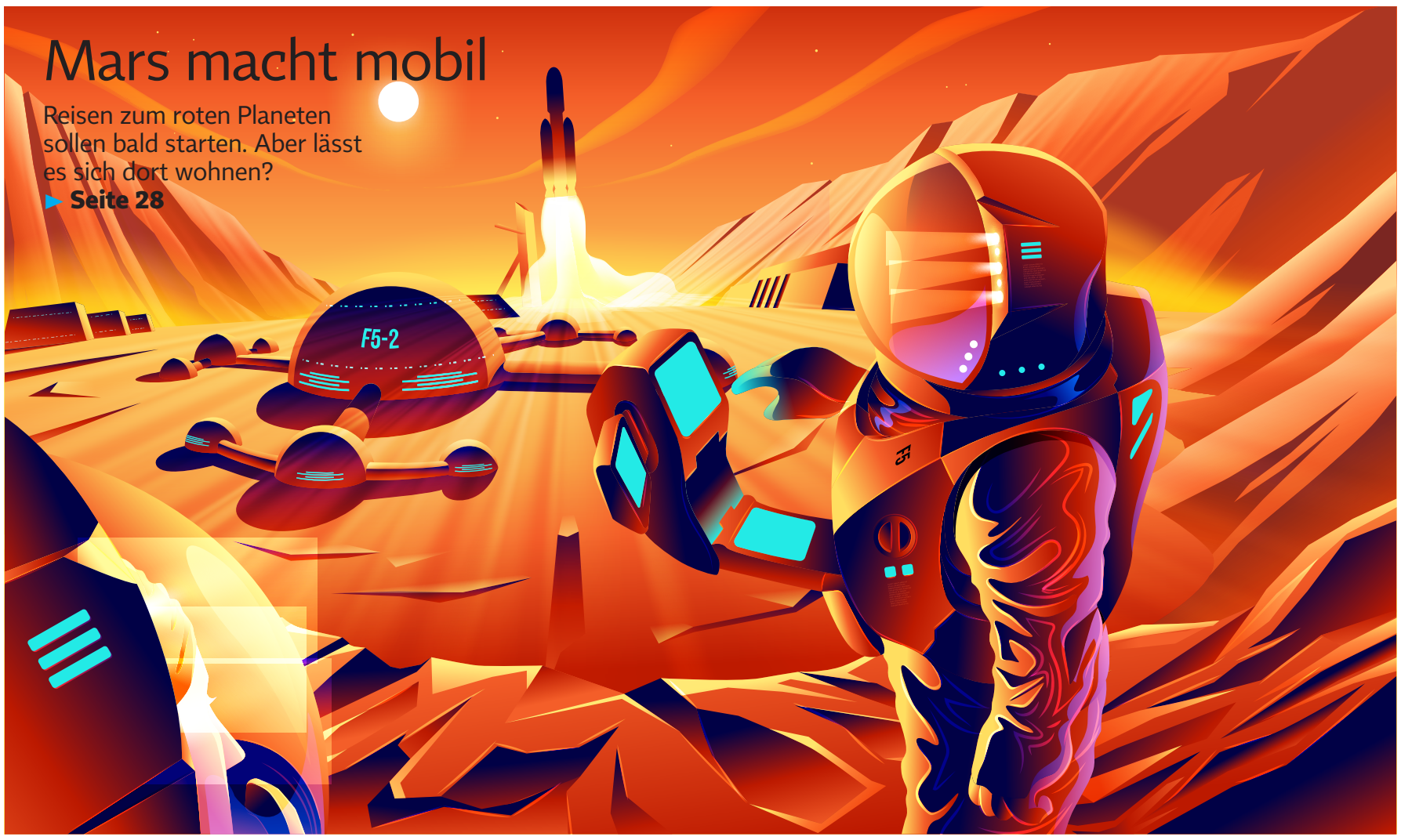
Startwoche 2020 | Ein Produkt der Landeszeitung | Freitag, 9. Oktober 2020

Grün und fair

„Das Jahrzehnt der Städte“: Grünen-Politikerin Katharina Fegebank fordert im Interview, Autos aus den Innenstädten zu verbannen, und erklärt, wie eine Stadt gendergerechter wird
► **Seite 26**

Für alle da?

Die Polizei kämpft immer wieder mit Rassismusvorwürfen in den eigenen Reihen. Welche Reformen sind nötig?
► **Seite 27**



Mars macht mobil

Reisen zum roten Planeten sollen bald starten. Aber lässt es sich dort wohnen?
► **Seite 28**

EDITORIAL

Von Ambra Ihme

Aufblühen

Wie schaffen wir es, Städte lebenswerter zu machen? Für mich helfen Pflanzen und Wasser als Ausgleich und Ruheort. Hätte ich einen Wunsch frei für die Stadt von morgen: Er wäre, die Natur und ihre Elemente mehr ins Stadtbild zu integrieren.

Es gibt viele Ideen, wie man das schaffen kann. Auch Lüneburg hat neue Pläne, beispielsweise Fassaden oder Bushaltestellen zu begrünen. Weitere Projekte in der Region stellt unser Autor Tjade Brinkmann auf Seite 26 vor.

Neben politischen Entscheidungen gibt es viele kleine und private Projekte. Beete auf Fußgängerwegen oder urbane Gärten in der Innenstadt. So habe ich kürzlich nach dem Einkaufen den Platzpark entdeckt. Das ist ein Projekt der Extinction Rebellion Ortsgruppe, einer internationalen Bewegung, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzt. Die Aktion Platzpark statt Parkplatz fordert eine Stadtgestaltung mit mehr Lebensraum statt Autoraum. Diese Hochbeete sind derzeit vor Edeka Bergmann und im Clamartpark zu finden. An Ideen wie diesen erfreue ich mich jeden Tag. Werdet auch ihr aktiv! Geht raus, sät, gießt, bewundert – und macht damit euch und eure Mitmenschen glücklich.

Donnerstagnacht

Die Startwoche begann turbulent: Nach einer Party im Kurpark gab es einen Corona-Verdacht. Schnell kamen Gerüchte auf. Die Rekonstruktion eines Abends

VON ANTON BURMESTER, JULIA FEHR, AMBRA IHME, CHARLINE LÖBBECKE UND CORINNA MANSCHKE

Am Morgen nach der Party, welche die Startwoche in Turbulenzen stürzen sollte, ploppte in einem Gruppenchat eine Sprachmitteilung auf: „Ich habe gerade eine Nachricht erhalten, dass einer, mit dem ich am Wochenende zusammen war, Corona-positiv getestet wurde.“ Und weiter: „Es tut mir voll leid, dass ich euch jetzt noch so umarmt hab. Ich hoffe, dass ich das jetzt nicht hab oder dass ich euch jedenfalls nicht angesteckt hab.“

Kurz danach, am vergangenen Freitag um 12.29 Uhr, schickte die Leuphana-Universität eine Rundmail. Betreff: „Update zur Startwoche“. Studierende, hieß es, hätten am Abend zuvor eine private Feier im Kurpark veranstaltet, eine „größere Anzahl“ von Erstsemestern sei dort gewesen. Und weiter: „Im Rahmen dieser Veranstaltung soll es einen Risiko-Kontakt gegeben haben.“ Man nehme diesen Vorfall sehr ernst. Die Gruppentreffen der Erstsemester auf dem Campus seien vorläufig abgesagt. Soweit die offizielle Sicht.

Bald gingen Gerüchte herum, verbreitet über soziale Medien. Von „200 bis 400 Leuten“ im Kurpark war dort die Rede, von vier Polizei-Autos, die die Feier „gesprengt“ hätten. Plötzlich standen offenbar Anschuldigungen im Raum – so deutliche, dass der Leiter der Startwoche in einer Mail schrieb: „Diejenigen, die Donnerstagnacht dabei waren, gehören trotz ihres Fehlers ohne Abstriche zur Universitätsgemeinschaft.“ Es gehe nicht darum, „einzelne Studierende zu verurteilen oder zu sanktionieren.“

Was war also Donnerstagnacht wirklich passiert?

Mithilfe von Aussagen der Organisatoren der Startwoche, der Polizei und Menschen, die im Kurpark gefeiert haben, lässt sich der Abend weitgehend rekonstruieren.

Der Vorfall ist exemplarisch für eine Zeit, in der über den Umgang mit der Corona-Pandemie gestritten wird: über Masken-Regeln, Abstandsgebote und das korrekte Maß der Kontaktbeschränkungen. Die Party im Kurpark wirft deshalb Fragen auf, die über den Donnerstag hinausgehen: War nicht damit zu rechnen, dass Erstsemester sich zu Partys treffen? Wie korrekt haben sich alle Beteiligten verhalten? Und wie geht man als Universität künftig am besten mit solchen Corona-Verdachtsfällen um?

Nach ihren Veranstaltungen in Kleingruppen hielten sich am Donnerstag mehrere Erstsemester-Studierende auf der Mensa-Wiese auf, erinnern sich einige, die dabei waren. Sie wollen anonym bleiben. Man habe sich dann entschieden, in den Kurpark umzuziehen. Dort trafen mehrere Gruppen aufeinander. Zunächst spielten sie Flunkyball, ein Trinkspiel, und blieben größtenteils unter sich. Später mischten sich die Gruppen.

Insgesamt waren nach Aussage der Studierenden nicht mehr als 70 Leute im Park, „eher weniger“. Dabei war das Verhältnis von Erstsemestern zu höheren Semestern zunächst recht ausgeglichen. So wurde einer Erstsemesterstudentin gesagt, sie und ihre Freund*innen seien an diesem Tag „die ersten Erstis“, die man treffe. Die Erstsemesterstudierenden hatten den Eindruck, dass die höheren Semester „einfach mal wieder Bock“ hatten zu feiern.

Gegen 22.15 Uhr ging bei der Polizei Lüneburg ein Anruf ein. Anwohner*innnen meldeten eine Ruhestörung. Wie ein Pressesprecher der Polizei mitteilte, gehe man davon aus, dass mehr als 50 Menschen vor Ort gewesen seien. Beim Eintreffen der Beamt*innen waren aber bereits fast alle Menschen geflüchtet. Lediglich die Personalien einer einzigen Person wurden aufgenommen.

Die Corona-Verordnung des Landes Niedersachsen legt für Treffen eindeutige Grenzen fest. Demnach dürfen sich im Freien nur bis zu zehn Menschen (oder Personen aus zwei Haushalten) treffen, ohne dabei den Mindestabstand von 1,50 Meter einzuhalten. Das macht deutlich: Die Studierenden haben mit aller größter Wahrscheinlichkeit gegen Corona-Regeln verstoßen.

Wie hoch die mögliche Infektionsgefahr im Freien ist, lässt sich nur schwer einschätzen. Grundsätzlich ist eine Übertragung des Corona-Virus im Freien eher unwahrscheinlich, da Wind Tröpfchen und Aerosole, über die das Virus übertragen wird, davonweht. Doch werden die Sicherheitsabstände nicht eingehalten, besteht auch im Freien die Möglichkeit, sich anzustecken.

Die Universität reagierte zügig. Am Donnerstagabend habe sie von Tutor*innen erste Nachrichten über die Party erhalten, sagt der Leiter der Startwoche, Sven Prien-Ribcke. Am Morgen darauf wurde die Leitung über den Risikokontakt informiert. Am frühen Freitagmorgen entschied man im Präsidium, Veranstaltungen in den digitalen Raum zu verlegen. Erst als am Montagmorgen ein negatives Testergebnis des Studierenden vorlag, fiel die Entscheidung: Ab Dienstag durften die Erstsemester wieder auf den Campus.

Für die Polizei gehöre diese Art von Einsätzen wie am Donnerstag zum Tagesgeschäft, sagt der Pressesprecher. Es gelte immer eine erste Einschätzung vor Ort und Prüfung der Intensität der Lage. Wenn die Corona-Vorschriften für Treffen im Freien nicht eingehalten werden, müssen Betroffene mit Bußgeldern rechnen, so die Polizei.

Wie aber soll man umgehen mit solchen Ereignissen? Wenn es bloß um Kontakte eines Kontakts zu einem Infizierten geht?

Für die Universität ist klar, dass sie in einem ähnlichen Fall wieder so handeln würde. Solche Situationen lassen sich laut Leuphana-Sprecher Zühlsdorff nie ausschließen. Die Universität habe daher in ihrem Hygienekonzept schon zuvor festgelegt, wie in Risikosituationen zu reagieren sei. Die Entwicklung der Pandemie werde seit März dieses Jahres von zwei Krisenstäben beobachtet und dementsprechende Entscheidungen getroffen.

Es wird auch in diesem Semester ein ständiges Abwägen bleiben: Wie viel Präsenz auf dem Campus ist möglich, wie viel zu gefährlich? Man habe intensiv überlegt, ob man die Präsenz-Veranstaltungen auch am Montag unterbrechen solle, sagt Sven Prien-Ribcke, da „uns die Präsenz sehr am Herzen liegt“.

Die Startwoche ist für die Erstsemester eine wichtige Gelegenheit, neue Freund*innen zu finden. Wenn man von sich nur von Bildschirm zu Bildschirm kennenlernt, ist das kaum möglich.

Und so sind am Ende diejenigen gebeutelt, die sich an alle Corona-Regeln gehalten haben.

Das wird ja immer grüner

Viele Kommunen haben die Vorteile der Stadtbegrünung erkannt. Über eine Rückkehr der Natur, an Fassaden, auf Dächern und Bushaltestellen

VON TJADE BRINKMANN

Schon heute wächst es üppig in Lüneburg: Blick vom Kalkberg, auf den Reichenbachplatz, die Baumstraße und die Fassade der Heiligengeistschule. Foto: AdobeStock (3), Tjade Brinkmann

Es ist unübersehbar, das alte Bunkergebäude: 75 Meter lang, 75 Meter breit, 38 Meter hoch. Direkt daneben das Heiligengeistfeld, 20 Hektar Asphalt. Im Sommer heizt sich die Fläche mächtig auf, die Hitze steht. Soweit das Auge blickt: keine naturnahe Begrünung – von ein paar Bäumen und wildem Wein einmal abgesehen.

Das ändert sich gerade – der Flakturm in Hamburg soll begrünt werden. Bis Sommer 2021 soll ein Dachpark entstehen, mit Park-, Garten- und Erholungsflächen, zudem ein umlaufender Balkon mit Platz für großflächige Bepflanzung und hochwachsende Gewächse. Vertikale Beete könnten die Bunkerwände grüner machen.

Das Projekt ist ein Riese, wie der Bunker. Aufwändig, teuer. Allein der Umbau wird wohl zwischen 25 und 30 Millionen Euro kosten, dazu kommt der Unterhalt. Finanziert wird das privat. Insgesamt wollen die Initiatoren eine über 8000 Quadratmeter große Grün- und Gemeinschaftsfläche etablieren. Ein ambitionierteres Projekt gibt es derzeit wohl kaum in Deutschland.

Eines der Ziele: neue Natur für Hamburg schaffen und das Stadtklima verbessern. Der Bunker soll ein Ort der Ruhe, Erholung und Besinnung werden.

Grün in der Stadt hat viele Vorteile. Erhöhte Luftqualität, besseres Mikroklima, Lärmschutz, Windschutz, mehr Biodiversität, CO_2-Bindung, Wasserspeicherung, schöneres Aussehen, die Liste ist lang. Trotzdem wirken viele Städte grau.

Doch in vielen Städten hat ein Umdenken eingesetzt, in Hamburg, und auch in Lüneburg.

Beispiel **Hamburg**: Bereits 2014 hat die Stadt als erste deutsche Großstadt eine umfassende Gründachstrategie ins Leben gerufen. Der Senat hat dafür drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit Juni wird sie durch die Förderung von Fassadenbegrünung ergänzt. Mit der Strategie sollen 70 Prozent der Neubauten begrünt werden, die Fläche von begrünten Dächern um etwa 100 Hektar ansteigen. Das ist mehr als die vierfache Fläche des Lüneburger Kurparks.

Stadtgrün hat nicht nur ökologische Vorteile, sondern auch praktische: Die Pflanzen schützen Wände und Dächer vor Belastungen durch Wärme, Kälte, Sonnenstrahlen und Niederschlag. Dächer mit Begrünung halten in der Regel doppelt so lange wie konventionelle Flachdächer. Sie sorgen für ein besseres Gebäudeklima und wirken wärmeregulierend.

Längst wird auch in **Lüneburg** über eine grünere Stadt nachgedacht. Stadtverwaltung, Fachbereich 7: Straßen- und Grünplanung. Uta Hesebeck, Bauingenieurin und Leiterin des Bereichs, ist für Begrünungsprojekte in Lüneburg zuständig. An Ideen mangele es nicht, sagt sie, doch auch kleine Stadtbegrünungsprojekte müssen betreut werden. Manchmal würden gerade sie mehr Aufmerksamkeit benötigen als große.

Die Ideen in Lüneburg sind vielfältig. Auch in Lüneburg gibt es eine Förderung für die Begrünung von Dach- und Fassadenflächen, pro Jahr steht ein Budget von 30 000 Euro zur Verfügung.

Zudem werden Verkehrsinseln entsiegelt, Wildblumen gepflanzt, Blühstreifen entlang von Fahrradwegen angelegt. Auf Dauer sollen auch Bushaltestellen und Fahrraduntersteller begrünt werden. Grünflächen werden mittlerweile seltener gemäht, so können dort Wildblumen wachsen – gut für die Insekten.

Im Sommer legte der Bund ein weiteres Förderprogramm auf: „Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“. Der Bund übernimmt bei den Projekten 90 Prozent der Finanzierung, nur zehn Prozent muss die Kommune tragen. Die Grünplanung hat eine Reihe an Projekten im Blick: etwa die Entsiegelung von nicht mehr benötigten Stellplätzen auf dem Kreideberg oder von nicht mehr nutzungspflichtigen Radwegen. Der ehemalige Hockeyplatz am Heidkamp könnte in einen „Pocket Park“ umgewandelt werden, Bäume als Schattenspender auf Spielplätzen gepflanzt werden. Noch steht die Förderzusage aus, doch Hesebeck ist zuversichtlich: „Wir haben eine ganze Menge vor.“

HINTERGRUND

Warum grün gut tut

Natur hat eine heilende, entspannende Wirkung auf uns. Wieso eigentlich? Wissenschaftler kennen mehrere Gründe: Wer im Grünen unterwegs ist, bewegt sich meist und schaut seltener auf sein Smartphone. Eine weitere Erklärung bietet die sogenannte „Arousal Theory“, die sich mit Umgebungsreizen beschäftigt. In Städten sind wir besonders vielen Reizen ausgesetzt: hupende Autos, hohe Gebäude, Werbedisplays und schnelle Bewegungen. Das kann Stress auslösen. Grünflächen bieten das richtige Level an Reizen und das perfekte Verhältnis zwischen Ordnung und Chaos, erklärt Friedericke Kuhn vom Institut für experimentelle Wirtschaftspsychologie der Leuphana. Ein Wald hat demnach nahezu therapeutische Wirkung auf uns: Das Vogelgezwitscher ertönt gleichmäßig; man sieht den Weg, weiß aber nicht, was sich hinter der nächsten Kurve verbirgt. Im Gegensatz zur Eintönigkeit einer Wüste wird einem so nicht langweilig. *Maxine Schröder*

„Mehr männliche Erzieher in Kitas“

VON CHRISTOPH MEYER UND HANNAH STEINER

Wie kann eine Stadt nachhaltig und gendergerecht werden? Die Grünen-Politikerin Katharina Fegebank ist Zweite Bürgermeisterin von Hamburg sowie Senatorin für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke. Sie hat sich unseren Fragen gestellt

Wie wollen Sie Hamburg verändern, damit Menschen dort nachhaltiger leben können?

Dieses Jahrzehnt wird das der Städte und Metropolen sein. Neben der akuten Bekämpfung der Corona-Krise steht der Klimawandel oben auf der Agenda. Wir wollen eine nachhaltige und klimaneutrale Stadt schaffen – mit sozialem Zusammenhalt und guter, aktiver Bürgerbeteiligung. Unser Klimaplan und das Klimaschutzgesetz sind ehrgeizig. Die Ziele daraus wollen wir in Hamburg schnell erreichen.

Im Koalitionsvertrag taucht die Mobilitätswende als wichtiger Punkt auf. Wie wird sich der Arbeitsweg eines Menschen, der von Buchholz in die Innenstadt Hamburgs pendelt, künftig verändern?

Idealerweise wird er aus einem Mix an unterschiedlichen Angeboten bestehen: einem kurzen Fußweg oder einer Radfahrt zum Bahnhof, dann einer Bahnfahrt zu einem zentralen Knotenpunkt in Hamburg, von dort entweder zu Fuß, mit einem Stadt-Rad oder einem anderen Sharing-Angebot. Also schnell, bequem und möglichst ohne eigenes Auto. Die Autos sollen aus der Innenstadt, um Straßen- und Stadträume neu zu verteilen und das Leben in den Quartieren zu stärken. Wenn es ein Angebot gibt, das einfach, bezahlbar, praktisch und sicher ist, wird es auch von den Kundinnen und Kunden akzeptiert; da bin ich mir sicher.

Die Bewegung Fridays for Future stellt eine konkrete Forderung an die Hamburger Bürgerschaft: ein ÖPNV-Jahresticket für 365 Euro. Ist das nicht eine praktische, bezahlbare Idee?

Das ist eine schöne Idee, die wir aktuell nicht schultern können. Unsere Priorität ist der flächendeckende Ausbau des ÖPNV in äußere Stadtteile und in die Metropolregion hinein. Die faire Gestaltung des Tarifsystems ist uns auch ein großes Anliegen. Aber klar ist auch: Wir haben leider keine unerschöpflichen Finanzierungsmöglichkeiten.

Sie sind auch Senatorin für Gleichstellung. Wie sieht eine gendergerechte Stadt für Sie aus?

Wir brauchen für alle Menschen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabeperspektiven. Schauen Sie nach Skandinavien – dort sind Dinge selbstverständlich, über die man bei uns noch diskutiert: Wer ist federführend für die Sorgearbeit zuständig? Wer kümmert sich um pflegebedürftige Angehörige und wie ist das mit der Work-Life-Balance? Deshalb müssen wir bei der Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit konstatieren: Es bleibt weiterhin noch sehr viel zu tun.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie konkret?

Das fängt bereits damit an, dass wir die Angebote auf Kinderbetreuung stark ausgeweitet haben. Auch die verlässliche Ganztagsschule hilft enorm, Mütter zurück in den Beruf zu holen. Und seit einigen Jahren ist unser Gremienbesetzungsgesetz erfolgreich, nach dem nun alle vom Senat besetzten Gremien sowie beispielsweise Aufsichtsräte öffentlich-rechtlicher Einrichtungen mindestens 40 Prozent Männer und Frauen aufweisen müssen. Seitdem es dieses Gesetz gibt, ist es viel schwerer zu sagen: „Oh, da konnten wir jetzt keine Frau finden.“ Oder: „Da gibt es niemanden.“ Auch an die Steuerfragen müssen wir ran – aber auch an das Thema Quotenregelungen. Meine Erfahrung ist: Eine gesetzliche Verpflichtung wirkt, freiwillige Selbstverpflichtung nicht.

Wie sieht es bei der Bildung aus?

In Hamburg haben wir eine Initiative angestoßen, die mehr männliche Erzieher in Kitas bringt. Wir haben den höchsten Wert aller 16 Bundesländer. So soll sich das herkömmliche Rollenverständnis für Kitakinder ändern. An den Schulen haben wir ebenfalls Programme wie MINTpink auf den Weg gebracht, um Mädchen stärker für naturwissenschaftliche Berufe zu begeistern. An den Hochschulen gibt es mit „Pro Exzellenzia“ ebenfalls die Initiative, Akademikerinnen besser miteinander zu vernetzen. Alles in allem haben wir aber die gewünschten Effekte auf dem Arbeitsmarkt und bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen noch nicht erreicht. Das gilt auch für Frauen in Führungspositionen, in Naturwissenschaften, Ingenieurswissenschaften, im Bereich IT und Digitalisierung.

Sie sitzen als Zweite Bürgermeisterin einem Senat vor, in dem es doppelt so viele Männer wie Frauen gibt. Ist das eine gute Grundlage, um Chancengleichheit in der Gesellschaft zu schaffen?

Für die Grünen haben wir im Senat eine geschlechtergerechte Quotierung erreicht: Wir sind zwei Frauen und zwei Männer. Doch darauf kann man sich nie ausruhen. Gesamtgesellschaftlich ist noch immer Luft nach oben.

„Ein Wandel kann funktionieren“

Strom selbst erzeugen, Bio-Lebensmittel vor Ort anbauen, eine eigene Währung: Die Stadt Ungersheim geht ungewöhnliche Wege

VON JOHANNA OLBRICH

Die Initiative „Transition Town“ setzt sich dafür ein, Städte in Zukunft lebenswerter und nachhaltiger zu machen. Die französische Kleinstadt Ungersheim im Elsass befindet sich mitten im Wandel. Gut 2400 Menschen leben hier. Sie teilen ein großes Ziel: nachhaltig und unabhängig zu leben. Ein Gespräch mit dem Bürgermeister Jean-Claude Mensch.

Herr Mensch, Sie sind seit 31 Jahren der Bürgermeister von Ungersheim, einer Stadt im Wandel. Was zeichnet eine „Transition Town“ aus?
Wir wollen weniger abhängig von der Konsumgesellschaft sein. Wir nennen das „Post-Wachstum“. Wir wollen Lebensmittel vor Ort produzieren und unsere eigene Energie erzeugen. Im Moment schaffen wir es, den privaten Verbrauch der Gemeinde decken zu können. In zwei bis drei Jahren werden wir auch den industriellen Verbrauch aus erneuerbaren Quellen decken können und völlig unabhängig sein.

Wie gehen Sie dabei vor?
Den Großteil des Stroms beziehen wir aus Solarenergie. Wir nutzen auch Holzenergie, Biomasse und Methanisierung. Unser Programm néga-wat, französisch für Negativ-Watt, basiert auf der Idee, dass wir genau so viel Strom produzieren, wie in der jeweiligen Region verbraucht wird. Dieser gezielte Einsatz führt dazu, dass weniger Strom verschwendet wird.

Was war Ihr erstes Projekt?
Wir haben vor 20 Jahren eine Solarheizung für das Schwimmbad gebaut.

Wie kam es zu dieser Idee?
Anfangs stand das Finanzielle im Fokus. Im Jahr 2007 haben wir dann erstmals einen Klimaplan zur Bekämpfung der globalen Erwärmung aufgestellt. Zwei Jahre später haben wir beschlossen, vermehrt lokale Bio-Lebensmittel zu produzieren und Ansätze der partizipativen Demokratie in die Gemeinde eingeführt. In unterschiedlichen Kommissionen kann jeder Bürger die Stadt mitgestalten. Unsere Wünsche werden nicht mehr von Politikern repräsentiert, weil wir diese selbst umsetzen.

Was ändert sich dadurch?
Unsere Einsparungen haben es uns ermöglicht, Abgaben an die Kommune zu verringern. Obwohl unsere Kinder seit 15 Jahren in der Schule nur Bio essen, muss zum Beispiel niemand dafür einen Aufpreis zahlen. Die lokale Bio-Lebensmittelproduktion sorgt auch dafür, dass die Menschen gesünder leben.

Jean-Claude Mensch: „Man muss den Willen haben, sich selbst zu verändern.“ *Foto: Mairie Ungersheim*

Und die Mobilität?
Das ist die große Schwachstelle. Der öffentliche Nahverkehr ist noch nicht ausreichend entwickelt, und vor allem im Industriegebiet ist die Belastung durch Abgase hoch. Unsere Eisenbahn wurde vor 30 Jahren abgeschafft, weil zu wenig Menschen die Bahn genutzt haben und sie nicht rentabel war. Es bedarf erheblicher Investitionen und ein stärkeres Engagement der Regionalpolitiker, um die Situation zu verbessern. Wir allein können da wenig ausrichten.

Um den lokalen Handel zu stärken, haben Sie eine neue Währung eingeführt. Warum?
Es handelt sich um eine sogenannte Komplementärwährung. Sie existiert also zusätzlich zum Euro. Wir nennen sie „Radieschen“. Ein Radieschen ist einen Euro wert. Unser Ziel war es, die Anwohner dazu zu bringen, mehr lokale Produkte zu kaufen und damit die lokalen Unternehmen zu unterstützen. Wenn die Leute mit Radieschen bezahlen, erhalten sie Rabatt auf ihre Einkäufe. Händler können die Radieschen, neben dem Euro, in ihre Handelsbilanz mit aufnehmen. Es ist aber keine spekulative Währung. Die Anwohner sollen für Produkte, die es auch bei uns gibt, nicht in die nächstgrößere Stadt fahren.

Haben Sie Vorbilder bei Ihren Projekten?
Es gibt eine Vielzahl von Initiativen im ganzen Land und in Europa, aber dieses Programm, das wir in Ungersheim umsetzen, ist ziemlich einzigartig. Es sind vielmehr Initiativen aus anderen Städten wie Luxemburg oder Nîmes, die uns um Rat fragen.

Wie kann jeder Einzelne Teil dieses Wandels werden?
Man muss den Willen haben, sich selbst zu verändern. Wir als Verbraucher haben eine unvergleichliche Wirkung: Wenn wir fünfzig Prozent weniger Fleisch konsumieren, muss der Produzent nachziehen. Wenn wir keine Produkte aus Palmöl mehr kaufen, werden wir die Abholzung stoppen.

Das hört sich alles sehr positiv an. Aber diese Lebensumstellung erfordert doch auch einen Verzicht.
Ist es ein Opfer oder ist es eine Frage der Gesundheit und des Schutzes des Planeten, weniger Fleisch zu essen? Es vermindert das Leid der Tiere und unsere menschliche Unwürdigkeit. Ich finde es unwürdig, dass wir Tiere bewusst leiden lassen. Nein, das sind wirklich keine Opfer. Diese Lebensweise schafft mehr soziale Bindungen und Solidarität. Das sind die Werte, die menschliche Beziehungen bereichern.

Ungersheim ist klein. Können auch Großstädte diesen Wandel schaffen?
Natürlich. Aber dazu braucht es politischen Willen und Achtsamkeit. Berlin ist schon jetzt viel grüner als Paris.

Glauben Sie, dass wir auch auf internationaler Ebene zu einem Wandel bereit sind?
Ich glaube, dass es erst einer Reihe von Katastrophen bedarf, bevor sich der Mensch verändern kann. Denken Sie nur an einen Tag ohne Strom. Es würde sofort zu öffentlichen Unruhen kommen. Und Katastrophen wird es geben, Lebensmittelknappheit und vor allem Wassermangel. Das beunruhigt mich sehr.

Sie klingen, als hätten Sie keine Hoffnung für die Zukunft.
Ich bin eigentlich Optimist. Wenn wir den Lauf des Lebens wirklich ändern wollen, können wir das. Wir in Ungersheim versuchen der Welt zu zeigen, dass ein Wandel funktionieren kann.

Freund und Helfer aller?

Welche Reformen braucht die Polizei von morgen? Eine Analyse

VON ANTON BURMESTER

Es war ein erstaunlicher Beschluss: Der Stadtrat von Minneapolis entschied im Juni, die Polizei aufzulösen und durch ein „neues Modell der öffentlichen Sicherheit“ zu ersetzen. Der Grund: Die Polizei sei nicht mehr zu reformieren. Was radikal klingt, schien dem Stadtrat alternativlos. Die Entscheidung geht vor allem auf den Tod des US-Amerikaners George Floyd zurück, der im Mai 2020 durch Polizeigewalt starb. Auf seinen Tod folgten Proteste, die Demonstranten forderten nicht nur eine Gleichberechtigung von People of Color (POC), sondern auch eine radikale Polizeireform.

Auch in Deutschland wird in den vergangenen Monaten über Reformen bei der Polizei diskutiert. Immer wieder gibt es Vorwürfe, Polizist*innen gingen unverhältnismäßig hart gegen Bürger*innen vor. Es sind solche Vorfälle, die eine Debatte über Polizeigewalt anstoßen, wie sie vor dem Tod George Floyds kaum möglich gewesen wäre. Und die zu Fragen führen: Wie gravierend ist das Problem von Rassismus und rechtswidriger Gewalt bei der Polizei in Deutschland?

Die Mehrheit der Bürger*innen, die keiner marginalisierten Gruppe angehört, hat großes Vertrauen in die Polizei. Und das auch nicht unbegründet: Ein Großteil der deutschen Polizist*innen bricht kein Recht. Sie üben einen Beruf aus, der anstrengend und belastend sein kann. Sie schützen und helfen.

Wenn man aber mit Minderheiten spricht, zeichnet sich eine andere Wahrnehmung. Es klingt mehr nach Furcht als nach Schutz. Woran liegt das? Welche Probleme liegen vor, und was muss geschehen, damit die Polizei in einer Stadt der Zukunft als „Freund und Helfer“ aller wahrgenommen wird?

Laila Abdul-Rahman forscht an der Ruhr-Universität Bochum zur „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol). Für sie liegt ein Problem im institutionellen Rahmen. Racial Profiling, das Kontrollieren von Menschen auf Grund ihres Äußeren, scheint weit verbreitet. Allerdings gibt es kaum Zahlen, die das belegen. Studien zu den politischen Ansichten von Polizist*innen werden immer wieder verhindert, zuletzt von Innenminister Horst Seehofer. Schließlich sei die Praktik verboten. Auch Abdul-Rahman glaubt nicht, dass die Mehrheit der Polizeibeamt*innen rassistisch eingestellt sei, „wenn man ein Verständnis davon hat, dass Rassismus nur dann vorherrscht, wenn er gewollt oder beabsichtigt ist. ist. Aber auch unbewusste Vorurteile können zu rassistischer Diskriminierung führen. Deshalb ist eine Studie wichtig.“

> **„Auch unbewusste Vorurteile können zu rassistischer Diskriminierung führen.“**
>
> **Laila Abdul-Rahman**
> Universität Bochum

Problematisch sei zudem das Fehlen einer Kennzeichungspflicht von Polizeibeamt*innen in vielen Bundesländern. So könnten Opfer von Polizeigewalt nur eine Anzeige gegen Unbekannt stellen. Ein Großteil der von Abdul-Rahman und Kolleg*innen befragten Opfer verzichtete darauf. Selbst wenn sie eine stellen, kommt es selten zu einem Verfahren.

Gerade mal zwei Prozent der 2018 gegen Polizist*innen erstatteten Anzeigen haben zu einem Prozess geführt. Das Forschungsprojekt KviAPol nimmt an, dass mindestens fünfmal so viel rechtswidrige Polizeigewalt stattfindet.

Aber es sind nicht allein die Strukturen, die zu rechtswidriger Gewalt und Rassismus führen. So tauchten Munition und Waffen, die bei der Polizei verschwanden, später in rechten Netzwerken in Sachsen wieder auf. Oder Drohbriefe an Politiker*innen, mit NSU 2.0 unterschrieben, stammten unter anderem von einem Ex-Polizisten.

Die Polizei bietet Menschen mit konservativem oder rechtsextremistischem Denken einen Platz, beobachtet Polizeiwissenschaftlers Rafael Behr. Er bildet selbst angehende Polizist*innen aus.

Im Interview mit der „Zeit“ schilderte er, dass es kaum „Linke“ bei den Polizeischülern gäbe. Rechtsradikale Netzwerke hingegen werden immer wieder aufgedeckt, bei der Polizei und anderen deutschen Sicherheitsorganen. Wie das „Hannibal“-Netzwerk 2017 oder zuletzt WhatsApp-Gruppen in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Was muss nun passieren, damit die Polizei der Zukunft für alle da ist?

Es müsste mehr in andere Kompetenzen und Bereiche investiert werden, etwa soziale Arbeit, meint Laila Abdul-Rahman. Gerade Fälle, in die psychisch Erkrankte verwickelt seien, eskalierten häufig, da Polizist*innen psychologisch nicht ausreichend geschult seien.

Generell würde die Polizei in einer Stadt der Zukunft vorbeugender arbeiten. Heute schreitet sie vielfach bereits ein, bevor der Konflikt entfacht ist. Dazu passt auch das Selbstverständnis und die Arbeitsweise der Polizei als nicht nur repressive, sondern auch präventive Kraft, wie Andrea Kretschmann vom Centre Marc Bloch in Berlin sagt. Die präventive Arbeit der Polizei ist dabei oft an der Schnittstelle zur Sozialen Arbeit angesiedelt, wobei nicht wenige Polizist*innen heute eine wachsende Belastung gerade in solchen Bereichen bemängeln. So sagt auch der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen, Kevin Komolka, dem ZDF, dass Polizist*innen immer mehr Aufgaben erledigen müssen.

Foto: AdobeStock

Sowohl Kretschmann als auch Laila Abdul-Rahman fordern eine Kennzeichnungspflicht. Sie halten darüber hinaus eine externe Kontrollinstanz der Polizeiarbeit für unabdingbar. In Großbritannien oder Dänemark gibt es sie schon lange; sie fördern eine neutrale, unvoreingenommene Ermittlungsarbeit gegen Polizist*innen.

Wie die Polizei strukturiert sein kann, zeigt sich am Beispiel der amerikanischen Stadt Camden. Vor zehn Jahren galt sie noch als gefährlichste Stadt des Landes. Nach einer radikalen Reform der Polizei, die nun stark auf zuvorkommende Kommunikation setzt, begann ein Wandel. Konfrontationen zwischen Polizei und Bevölkerung haben stark nachgelassen.

Die Probleme in Deutschland sind nicht so gravierend wie in Amerika, doch zu oft wird lediglich auf „Einzelfälle“ verwiesen. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens schlug kürzlich andere Töne an. Herbert Reul sprach angesichts der neusten Enthüllungen von einem „grundsätzlichen Problem in der Polizei“. Zudem forderte er die ihm unterstellten Polizist*innen auf, „genau hinzusehen“ und strafrechtlich relevante Inhalte zu melden. Es wäre ein erster von vielen schwierigen Schritten.

FRAGE DES TAGES

Was würdest du für deine Stadt tun?

Stephanie Umland (53): „Ich würde naturnahe Gärten in Neubaugebieten unterstützen und mich dafür einsetzen, dass Schottergärten verboten werden.“

Christina Poller (27): „Mich in der Flüchtlingshilfe einsetzen.“

Heidi und Uwe Mohr: „Viel mit dem Fahrrad fahren, zum Beispiel in die Innenstadt zum Einkaufen. Viele Touristen reisen mit dem Auto an, dadurch entsteht Umweltverschmutzung.“

Martin Kujawski (33): „Einen Raum schaffen, in dem sich Männer von einer anderen, verletzlichen Seite zeigen können. Ich bin neu in Lüneburg und suche nach genau so einem Ort.“

Wolfgang Schoknecht (69): „Als gelernter Handwerker lege ich viel Wert auf Details. Ich würde den Erhalt von traditionellen Gebäuden unterstützen.“

Dorothée Falkenberg (22): „Ich gehe wählen, auch bei regionalen Wahlen. Mir ist wichtig, dass meine Interessen auch auf kommunaler Ebene gehört werden.“

Marion Schröder (53): „Es sollte mehr bezahlbaren Wohnraum geben. Ich würde gemeinschaftliche Projekte, die generationenübergreifend arbeiten, unterstützen.“

Katharina Behr (22): „Demonstrieren gehen, damit Lüneburg ein sicherer Hafen wird. Es ist wichtig, sich auch lokal zu engagieren, um das Bewusstsein der Menschen zu erreichen.“

Marike Johanssen (22): „Wohnen sollte gerechter werden. Ich würde einen Brief an den Bürgermeister schreiben, dass alternative Wohnprojekte wie „Unfug“ von der Stadt gefördert werden und einen Platz in der Gesellschaft bekommen.“

Eva Horne (54): „Ich wohne direkt am Elbstrand, der oft vermüllt ist. Häufig habe ich eine Mülltüte dabei und sammle den Abfall ein.“

Christina Karbe (82): „Auf dem Lüneburger Wochenmarkt einkaufen. Es gibt eine große Auswahl an lokalen Lebensmitteln. Der Markt ist etwas Besonderes. Wenn mich Freunde besuchen, gehen wir dort einkaufen.“

Sebastian (39) und Maren (26) Schedelka: „Menschen die Geschichte ihrer Stadt näher bringen. In unserer Heimatstadt Büchen haben wir einen Vortrag zur Stadthistorie gehört. Geschichte sollte nicht verloren gehen.“

Eine Umfrage von Julia Fehr und Thore Rausch

Zu den Sternen

Die Zukunft der Städte liegt jenseits der Erde. Menschen haben ein neues Ziel: eine Stadt auf dem Mars. Der Wettlauf hat längst begonnen

VON THORE RAUSCH

Auf dem Mars könnte es bald ziemlich voll werden. In diesem Sommer sind gleich drei Nationen zum roten Planeten aufgebrochen: die Vereinigten Arabischen Emirate, China und die USA. An Bord der insgesamt acht Raketen befinden sich Forschungsroboter und Sonden, die mögliche Landungsplätze für eine bemannte Mission sowie Daten zur Planetenoberfläche liefern sollen.

Wieso ist unser Nachbarplanet so reizvoll für die Wissenschaft?

Der Mars könnte Antworten auf große Fragen verbergen, tief unter seiner rostfarbenen Oberfläche. Dort liegen Überreste von einst gewaltigen Ozeanen, in Form von Eisplatten. Wo Wasser ist, könnte auch Leben sein. Heute gilt als sicher: Auf dem Mars herrschte lange vor der Entstehung der Menschheit ein erdähnliches Klima. Mikrobakterielles Leben könnte im Eis konserviert sein und uns neue Hinweise über unsere Entstehung bringen.

Eine Stadt auf dem Mars ist für manche der größte Schritt in der Menschheitsgeschichte seit der Evolution, für andere teure Spielerei in Zeiten des Klimawandels und sozialer Ungerechtigkeit. Ein Unternehmer glaubt an ersteres und hat sich den Mars zur Lebensaufgabe gemacht.

Elon Musk wurde 2002 durch den Verkauf seines Online-Bezahldienstes PayPal über Nacht zum hundertfachen Millionär. Kurz darauf kaufte er zwei Flugzeughangars an der Westküste Kaliforniens und beschloss, zum Mars zu fliegen. Die Geburt von SpaceX. Wurde er anfangs noch belächelt, setzen seine Raketen knapp zwanzig Jahre später neue Standards in der Branche. Sie lösen eines der grundlegendsten Probleme der Raumfahrt: die Wiederverwendbarkeit.

Noch in diesem Jahrzehnt sollen bis zu 100 Passagiere den etwa acht bis zwölf Monate langen Flug antreten.

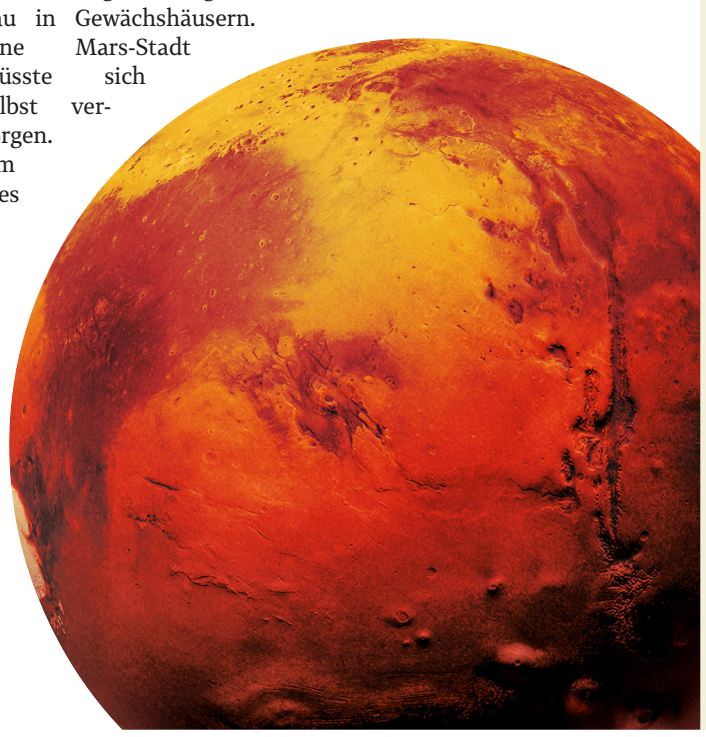
Bei einem Raketenstart heben mehrere Antriebsstufen die Flugkapsel mit bis zu fünf Millionen Pfund Schub – vergleichbar mit der vollen Leistung von 18 Jumbojets – in die Höhe. Bislang wurden die Antriebsstufen nach Austritt aus der Erdatmosphäre abgetrennt und stürzten kontrolliert in den Ozean. SpaceX gelang eine kleine Revolution: Ihre Triebwerke landen ferngesteuert sicher auf dem Boden. Damit können sie wiederverwendet werden und senken die Startkosten ihrer Marsrakete auf geschätzte zwei Millionen Dollar. Die US-Raumfahrtbehörde NASA entwickelt derweil eine eigene Langstreckenrakete. Der Start des Space Launch Systems kostet nach aktuellem Stand allerdings mehr als das Fünfhundertfache: eine Milliarde US-Dollar.

Während die NASA einen bemannten Flug zum Mars frühestens ab 2035 realisieren will, visiert Musk bereits 2024 an. Seine Marsrakete „Starship“ absolvierte schon erste Testflüge. Noch in diesem Jahrzehnt sollen bis zu 100 Passagiere den etwa acht bis zwölf Monate langen Flug antreten. Die Reise zum Mars kommt ohne garantiertes Rückflugticket. Der rote Planet bietet zwar durch die vorhandenen Rohstoffe Wasser und Methan die Möglichkeit Treibstoff herzustellen, doch bis dies umsetzbar ist, würden Jahre vergehen.

Jahre können lang sein auf dem Mars. 687 Tage braucht der Planet, um die Sonne zu umkreisen. Das Ziel der ersten Menschen auf dem Mars ist: zu überleben. Der Mars ist – anders als die Erde – durch seine dünne Atmosphäre kaum geschützt gegen kosmische Strahlung, Sonnenstürme oder Asteroiden. Doch größere Gefahr birgt die Oberfläche selbst. Die Durchschnittstemperatur von minus 60 Grad Celsius, das Fehlen von Atemluft, Sandstürme und aktive Vulkane lassen keinen Raum für menschliches Versagen.

Doch die staubige Felslandschaft des Mars könnte trotzdem unser neues Zuhause werden. Auf viele Fragen hat die Wissenschaft eine Antwort parat. Strom könnte durch Solartechnik gewonnen werden, Wasser durch die unterirdischen Eisreserven und Nahrung durch eigenen Anbau in Gewächshäusern. Eine Mars-Stadt müsste sich selbst versorgen. Um dies Realität werden zu lassen, müsse man 1000 Raumschiffe bauen, um Frachtgut, Infrastruktur und die Crew innerhalb von 20 Jahren zum Mars zu transportieren, schrieb Elon Musk auf Twitter. Schneller gehe es nicht, da es die planetarische Ausrichtung des Nachbarplaneten nur alle zwei Jahre ermögliche, ihn zu erreichen.

Auch wenn eine Stadt auf dem Mars noch wie eine entfernte Utopie scheint – sie könnte eines Tages eine Notwendigkeit sein. „Die Erde ist ein wundervoller Ort“, sagte der Astrophysiker Stephen Hawking. „Aber das könnte nicht immer so bleiben.“



GLOSSE: SCHEITERN AN DER ZUKUNFT

Teil 5: Wer sind Sie?

Von Hannah Steiner

Im Zeitalter der Digitalisierung geht im Alltag fast nichts mehr ohne Smartphone. In ständigen Updates bekommt unser Handy neue Funktionen, die unser Leben erleichtern sollen. Sollen, genau. Unsere individuellen Fingerabdrücke werden so zu den neuen Schlüsseln der digitalen Welt. Mein Daumen statt Stefan1995!&. Für mich ziemlich praktisch, denn ich vergesse ständig, wann Stefan geboren ist.

Aber eines Tages, in der Zukunft, wird es geschehen: Ich schneide mich am Daumen. Nicht weiter tragisch, bis ich eine Bestellung über Paypal bezahlen möchte. Mein Paypal-Konto erkennt meinen Daumen nicht mehr. Ich fordere ein neues Passwort an. Doch als ich meine Emails auf meinem Laptop öffnen möchte, scheitere ich auch da. Kein Zugang mit verletztem Daumen. Um hier ein neues Passwort zu bekommen, muss ich den Kundendienst anrufen.

Wäre mir das bei der Gesichts-Identifikation genauso passiert, überlege ich. Erkennt mein Handy mich dann nicht mehr, wenn ich eine neue Brille trage oder mir einen Pony schneide? Wer sind wir in der digitalen Welt, wenn wir uns nicht mehr ausweisen können?

20 Minuten Warteschleifen-Melodie, eine Roboterstimme und dann – endlich – einen echten Menschen später kann ich mich an meinem Laptop anmelden und meine Passwörter zurücksetzen. Die schreibe ich mir jetzt auf, ganz klassisch auf Papier. Meine Begeisterung für den Fingerabdruck-Login ist irgendwo zwischen meinen neuen Passwörtern und PINs verloren gegangen.

In der Zwischenzeit hätte ich das Geld wahrscheinlich schneller persönlich vorbeigebracht.

IMPRESSUM

Herausgeber
Medienhaus Lüneburg GmbH, Am Sande 18-20, 21335 Lüneburg
Geschäftsführer
Wolf Chr. Bergmann, Jens Wiesemann, Christian von Stern
Leitung Startwochenzeitung
Christopher Piltz, Martin Schlak, Martin Jäschke (digital)
Chefin vom Dienst
Anna Hoffmann
Redaktion
Luise Asmussen, Cornelia Braun, Tjade Brinkmann, Julia Fehr, Ambra Ihme, Charline Löbbecke, Fritz Lüders, Leon Maack, Corinna Manschke, Gina La Mela, Christoph Meyer, Ulrike Mühlhaus, Thore Rausch, Hannah Steiner
Layout
Thorsten Lustmann